

**Linke-Fraktion** im Gemeinderat  
Gerlinde Strasdeit, Gitta Rosenkranz,  
Wilhelm Bayer, Frederico Elwing

72074 Tübingen, Frischlinstr.7  
Tel. 07071 21534, [strasdeit@t-online.de](mailto:strasdeit@t-online.de)

19.9.2023

## **Zwei Änderungsanträge zur Vorlage 226/2023 vom 5.9.2023**

### Beschlussantrag 1

#### **Clara-Zetkin-Straße erhält keine Knoten-Markierung am Straßenschild**

### Beschlussantrag 2

#### **Die Bismarckstraße erhält zusätzlich einen Markierungs-Knoten**

(dieser Antrag erfolgt, sofern das Vorhaben der Kommentierung von Straßennamen durch Knoten-Markierungen aufrechterhalten wird)

#### **Begründung Antrag 1:**

Die Landeszentrale für Politische Bildung bezeichnet Clara Zetkin als „Wegbereiterin der Demokratie im Südwesten“. Die Sozialdemokratin und spätere Kommunistin war Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht. An der Wahl zur Nationalversammlung in Weimar 1919 nahm sie noch als Abgeordnete der USPD teil. Sie war im Reichstag eine der ersten Parlamentarierinnen in Deutschland.

In die KPD eingetreten ist sie nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Soldaten der Reichswehr. Gustav Noske und Friedrich Ebert waren politisch mit verantwortlich. Niemand kam bislang auf die Idee, die Ebertstraße deshalb mit einem Knoten zu versehen.

Kaiser Wilhelm II bezeichnete Zetkin einmal als die „gefährlichste Hexe Deutschlands“. Anfang 1919 floh Clara Zetkin nach Morddrohungen nationalistischer Studenten von Stuttgart nach Tübingen und wurde in der Neckargasse 4a versteckt. Koordiniert wurde die Rettungsaktion von dem Studenten und späteren Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (Adorno, Horkheimer) Felix Weil.

Im Reichstag engagierte sie sich u.a. als Unterzeichnerin von interfraktionellen Anträgen.

Beim Kappputsch und nach der Ermordung von Mathias Erzberger setzte sie sich immer wieder für eine Einheitsfront gegen die Nazis ein. Ebenso in ihrer letzten Reichstagsrede als Alterspräsidentin im Jahr 1932, die sie als Botschaft gegen die Machtergreifung der Nationalsozialisten verstand. Der Begriff „proletarische Diktatur“, den sie verwendet hat, widerspricht unserem heutigen Verständnis von demokratischem Sozialismus. Damals war der Begriff jedoch in der Arbeiterbewegung im Marxschen Sinne üblich, stand lange auch im SPD-Programm, war nicht gleichbedeutend mit der Forderung nach „Einparteienherrschaft“ und noch nicht diskreditiert durch die stalinistische Gewaltherrschaft.

In der KPD hatte Clara Zetkin mehrmals die Parteilinie kritisiert. Ihre „Mitwirkung“ an einem Prozess im Jahr 1922 in Moskau wird in der Vorlage verzerrt dargestellt. Der Prozess fand statt in der Endphase des Bürgerkrieges in Russland, nach Ermordung des deutschen Botschafters in Moskau und nach einem Attentat auf Lenin. Dies rechtfertigt nicht, aber erklärt, dass der Prozess nicht nach heutigen rechtsstaatlichen Maßstäben stattfand. Richtig ist, dass Zetkin in der Auseinandersetzung mit der II. Internationale diesen Prozess publizistisch gerechtfertigt hat. Belegt ist aber auch, dass sie sich zusammen mit anderen mehrfach gegen die Todesurteile engagiert hat und diese dann nicht vollstreckt wurden. Clara Zetkin war nie an Verbrechen beteiligt.

### **Begründung zu Antrag 2 (Bismarckstraße)**

Die Bismarckstraße ist eine der längsten Straßen in Tübingen. An Bismarcks Händen klebt Blut. Darin unterscheidet er sich von seiner Zeitgenossin und politischen Gegnerin Clara Zetkin. Die Liste der Demokratiefeindlichkeit ist lang: Niederschlagung der demokratischen Revolution, Verteidigung der Fürstenherrschaft, verantwortlich für kolonialistische Raubkriege, Sklaverei und Verbrechen in Kolonien; Kanzler in Tradition des preußischen Militarismus, Eroberungskriege u.a. gegen Frankreich, Judenfeindlichkeit, Ablehnung des Parlamentarismus, Sozialistengesetze. Noch heute erheben Bismarck-Erben Rechtsansprüche auf Raubgüter aus der deutschen Kolonialzeit.

**Wenn die Stadt Tübingen einerseits Clara Zetkin mit einem Negativ-Knoten in die Nähe von Nazi-Verbrechen rückt und andererseits Bismarck historisch „freispricht“, wäre das mit zweierlei Maß gemessen und insofern auch ein politischer Skandal.**

Für die Fraktion  
Gerlinde Strasdeit